

EINLADUNG

43. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Tiefbau -
Besucher möchten sich bitte per Mail im BV-Büro anmelden!

Gäste möchten sich bitte per E-Mail im BV-Büro (bvv@charlottenburg-wilmersdorf.de) anmelden. Sie erhalten dann eine Zugangsberechtigung vom Büro.

Sitzungstermin: Mittwoch, 10.06.2020, 17:30 Uhr

Raum, Ort: Festsaal, 3. Etage, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Annahme von Niederschriften
- 3 Geschützter Radstreifen auf der Kantstraße **1392/5**
Fraktion DIE LINKE
- 4 Geschützter Radstreifen auf der Konstanzer Straße **1393/5**
Fraktion DIE LINKE
- 5 Geschützter Radstreifen auf der Kaiser-Friedrich-Straße **1394/5**
Fraktion DIE LINKE
- 6 Beim Bau der Siemens-Bahnbrücke Fuß- und Radverkehr
mitdenken **1406/5**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 7 LKW-Verkehr auf der Stadtautobahn reduzieren **1409/5**
FDP-Fraktion
- 8 Ausreichend Fahrradbügel bereitstellen **1415/5**
AfD-Fraktion
- 9 Fahrrad Zu- und Abwege verbessern **1419/5**
SPD-Fraktion
- 10 Wilmersdorf soll sicherer werden I **1440/5**
CDU-Fraktion
- 11 Haltelinie **1446/5**
CDU-Fraktion

12	Ampelschaltung Kaiserdamm/Bismarckstraße Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1452/5
13	Mehr Verkehrssicherheit an der Schlossbrücke Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1456/5
14	Geschwindigkeitsüberschreitungen in der und Durchfahrt durch die Xantener Straße unterbinden Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1458/5
15	Einrichtung von temporären Spielstraßen ermöglichen SPD-Fraktion	1487/5
16	Straßenüberquerung im Bereich der Breite Straße zwischen Cuno- und Berkaer Str. CDU-Fraktion	1492/5
17	Kiezblocks für Charlottenburg-Wilmersdorf Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1498/5
18	Karl-August-Platz kurzfristig entlasten FDP-Fraktion	1501/5
19	Mobilitätshub am S-Bahnhof Halensee schaffen FDP-Fraktion	1504/5
20	„Superblocks“ für Anwohner*innen – mehr Barcelona wagen! Fraktion DIE LINKE	1510/5
21	Tempo 30 in der Röntgenstraße sichtbarer machen SPD-Fraktion	1521/5
22	Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung	
23	Verschiedenes	

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Saßen
Ausschussvorsitzender

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Dieke/Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1392/5**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Geschützter Radstreifen auf der Kantstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, von den zuständigen Stellen einen geschützten Radstreifen (Fahrradangebotsstreifen) für Radfahrende in der Kantstraße nach dem Vorbild der Holzmarkstraße im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg einrichten zu lassen. Dieser Radstreifen sollte durch geeignete bauliche Maßnahmen von der übrigen Fahrbahntrasse abgetrennt sein.

Der BVV ist bis zum 31. März 2020 zu berichten.

Begründung:

Die Kantstraße dient als eine der wichtigen Verbindungsstraßen in West-Ost-Richtung durch unseren Bezirk und wird täglich von vielen Radfahrenden genutzt. Leider kommt es oft durch zu dicht auffahrende Autos oder auch durch den parkenden Individualverkehr zu gefährlichen Situationen sowohl für Radfahrer*innen, Fußgänger*innen und Autofahrende. Um die Gefährdung der verschiedenen Verkehrsteilnehmer*innen zu reduzieren bzw. gänzlich zu unterbinden, soll ein entsprechend geschützter Radstreifen eingerichtet werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Dieke/Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1393/5**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Geschützter Radstreifen auf der Konstanzer Straße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, von den zuständigen Stellen einen geschützten Radstreifen (Fahrradangebotsstreifen) für Radfahrende in der Konstanzer Straße nach dem Vorbild der Holzmarkstraße im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg einrichten zu lassen. Dieser Radstreifen sollte durch geeignete bauliche Maßnahmen von der übrigen Fahrbahntrasse abgetrennt sein.

Der BVV ist bis zum 31. März 2020 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Dieke/Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1394/5**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Geschützter Radstreifen auf der Kaiser-Friedrich-Straße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, von den zuständigen Stellen einen geschützten Radstreifen (Fahrradangebotsstreifen) für Radfahrende in der Kaiser-Friedrich-Straße nach dem Vorbild der Holzmarkstraße im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg einrichten zu lassen. Dieser Radstreifen sollte durch geeignete bauliche Maßnahmen von der übrigen Fahrbahntrasse abgetrennt sein.

Der BVV ist bis zum 31. März 2020 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Gusy/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1406/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Beim Bau der Siemens-Bahnbrücke Fuß- und Radverkehr mitdenken

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass bei der notwendigen Neuerrichtung einer S-Bahn-Brücke für die Siemensbahn von Charlottenburg zur Siemensstadt auch eine Möglichkeit für Fußgänger*innen und Radfahrende geschaffen wird, diese Brücke zu nutzen.

Der BVV ist bis zum 30. Juni 2020 zu berichten.

Begründung:

Im Zuge der Reaktivierung der Siemensbahn muss die Brücke von der Siemensstadt nach Charlottenburg neu errichtet werden. Aktuell ist diese Brücke gemäß historischen Vorlagen als reine S-Bahn-Brücke vorgesehen. Die Neuerrichtung der Brücke eröffnet nun die Möglichkeit, eine weitere attraktive Verbindung für Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen zwischen den Bezirken über die Spree zu schaffen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Heyne

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1409/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

LKW-Verkehr auf der Stadtautobahn reduzieren

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert sich beim Senat von Berlin dafür einzusetzen, dass sich dieser bei den zuständigen Stellen dafür ausspricht, den Autobahnring um Berlin von der Mautpflicht für LKW auszunehmen.

Begründung:

Die Stadtautobahn wird auch von LKW genutzt, die den kürzeren Weg über die Stadtautobahn nutzen, um vom Kreuz Oranienburg / dem Dreieck Havelland den Anschluss an die A 13 nach Süden bzw. die A 12 nach Osten zu erreichen. Der vorgeschlagene Mautverzicht auf dem Berliner Ring bei gleichzeitiger Beibehaltung der Maut auf der Stadtautobahn kann dazu führen, dass LKWs stärker den Berliner Ring nutzen und so der LKW-Verkehr auf der Stadtautobahn reduziert, die Stadtautobahn dadurch weniger belastet und die an die Stadtautobahn angrenzenden Gebiete von Emissionen entlastet werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

AfD-Fraktion

Dr. Seyfert/Bolsch

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1415/5**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Ausreichend Fahrradbügel bereitstellen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, an sämtlichen öffentlichen Sportstätten, Schulsportanlagen und Anlagen der Objektart Spielplätze (z.B. Bolzplätze) zu überprüfen, ob ausreichend Fahrradbügel vorhanden sind. Im Bedarfsfall sollen fehlende Bügel montiert werden.

Der BVV ist bis zum 31. März 2020 zu berichten.

Begründung:

Durch das Fehlen von ausreichend geeigneten Abstellmöglichkeiten werden die Fahrräder oft in ungeeigneten Bereichen abgestellt. Dies führt zu Behinderungen Dritter, Beschädigungen an Rad und Abstellfläche sowie einem erhöhten Diebstahlrisiko für die Fahrräder.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1419/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Fahrrad Zu- und Abwege verbessern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Zu- und Abwege von der Schlossbrücke zum Bonhoefferufer und zum Charlottenburger Ufer für Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen sicher zu gestalten.

Der BVV ist bis zum 30.04.2020 zu berichten.

Begründung:

Die Schlossbrücke wurde in den letzten Monaten gänzlich erneuert. Dies ist ein guter Zeitpunkt, auch die Zu- und Abwege für Fahrradfahrer*innen zu verbessern. Derzeit müssen Fahrradfahrer*innen den Umweg über die Straße nehmen, um direkt auf die Uferwege zu gelangen. Hier muss eine sinnvollere Zu- und Abwegesituation geschaffen werden, damit die Fußgänger*innen vor wilden Fahrradfahrer*innen geschützt werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Mattern

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1440/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Wilmersdorf soll sicherer werden I

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, die Verbindungswege zwischen der Prinzregentenstraße und der Bundesallee durch den Volkspark Wilmersdorf mit einer naturverträglichen Beleuchtung zu versehen.

Der BVV ist bis zum 30. April 2020 zu berichten.

Begründung:

Der Volkspark Wilmersdorf ist ein beliebter Aufenthaltsort nicht nur für die dortigen Anwohner. Er dient der Erholung und dem Freizeitsport und ist nicht zuletzt bei Spaziergängern und Joggern sehr beliebt. Leider fehlt es an vielen Stellen im Volkspark an einer ausreichenden Beleuchtung in den Morgen- und Nachtstunden, so dass neben Angsträumen auch Unfallgefahren bestehen. Zudem darf davon ausgegangen werden, dass mit der Sperrung der Prinzregentenstraße für den Kraftverkehr dieser Bereich zusätzliche Attraktivität für Fußgänger erhält.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Stückler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1446/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Haltelinie

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Haltelinie für PKW's auf der Otto-Suhr-Allee (auf Höhe der Warburgzeile), so versetzt wird, dass Fußgängerinnen und Fußgänger das Überqueren der Otto-Suhr-Allee, Beispielsweise zum Erreichen der Bushaltestelle, ermöglicht wird, auch dann, wenn PKW's an der Rot zeigenden Lichtschutzanlage warten und sich rückstauen.

Der BVV ist bis zum 30. April 2020 zu berichten.

Begründung:
ggf. mündlich

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias/Gusy

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1452/5**

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
BVV	

Ampelschaltung Kaiserdamm/Bismarckstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Ampelschaltungen am Straßenzug Kaiserdamm/Bismarckstraße so eingerichtet werden, dass eine Überquerung des Kaiserdamms für langsam überquerende Fußgängerinnen und Fußgänger in einer Grünphase möglich ist. Mindestens sollte aber die Fußgängerampel um ein sogenanntes „Countdown-Signal“ erweitert werden.

Weiterhin möge sich das Bezirksamt dafür einsetzen, dass auch Maßnahmen geprüft werden, wie z.B. durch größere Abstände der Fahrzeughaltelinien zu den Fußgängerüberquerungen.

Der BVV ist bis zum 30.08.2020 zu berichten.

Begründung:

Die Grünphase ist für Fußgängerinnen und Fußgänger zu kurz, um in einem Zug den Kaiserdamm bzw. die Bismarckstraße zu überqueren. Bereits um eine Straßenhälfte zu überqueren sind die Grünphasen für manche Personengruppen zu kurz. Die sogenannte Schutzzeit oder Räumzeit für Fußgängerinnen und Fußgänger (die Ampel für Fahrzeuge bleibt so lange rot, bis eine Person, die bei Grün die Querung der Straße begonnen hat, bei normaler Schrittgeschwindigkeit sicher den Rest der Fahrbahn überqueren kann) ist weitestgehend unbekannt und für junge Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer schwer zu vermitteln. Für Autofahrerinnen und Autofahrer wird ein Rot der Fußgängerampel auch meist gleichgesetzt mit dem Verbot die Straße weiter zu überqueren. Diese Situation führt oft zu gefährlichen Missverständnissen zwischen den verschiedenen Verkehrsteilnehmern.

Beim Kaiserdamm und der Bismarckstraße handelt es sich um eine besonders breite und viel befahrene Straße im Bezirk, bei der der Fußverkehr besonders zu schützen ist.

Mit der Drucksache 1946/2 wird deutlich, dass das Problem schon lange besteht.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1456/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mehr Verkehrssicherheit an der Schlossbrücke

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass auf dem Stück zwischen Schlossbrücke und der Mündung des Luisenplatzes in die Otto-Suhr-Allee/den Spandauer Damm folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- Ein Tempolimit von 30 km/h einzuführen und dieses (mit Blitzern) regelmäßig zu kontrollieren.
- Eine bessere Querung für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen am Südrand der Schlossbrücke zu errichten, z.B. in Form eines (temporären) Zebrastreifens oder einer (temporären) Ampel (mit Hinweisschildern auf diese Ampel), bis zumindest die Sperrung des Spreewegs auf Grund der Bauarbeiten unter der Schlossbrücke beendet ist.
- Bauliche Veränderungen vorzunehmen, die ein zu schnelles Fahren erschweren.
- Den Spreeweg unter der Schlossbrücke so zu erweitern, so dass ihn Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und mobilitätseingeschränkte Personen in beide Richtungen bequem nutzen können.

Der BVV ist bis zum 31.05. 2020 zu berichten

Begründung:

Am 11. Dezember 2019 wurde eine Fußgängerin, die ihr Fahrrad bei grün über die temporäre Ampel schob, von einem Autofahrenden, der rot hatte, totgefahren.

Mittlerweile ist die temporäre Ampel wieder abgebaut worden und eine sichere Querung noch schwieriger. Zugleich ist der Spreeweg unter der Schlossbrücke auf Grund von Bauarbeiten gesperrt, so dass diese Alternative wegfällt, um von der einen auf die andere Seite des Luisenplatzes zu gelangen.

Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, sollte nicht nur auf der Schlossbrücke, sondern auch auf dem Luisenplatz Tempo 30 gelten und die bauliche Gestaltung des Platzes so geändert werden (z.B. verengt werden), so dass das Fahren mit erhöhter Geschwindigkeit schwieriger ist. Dazu sollen regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen erfolgen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1458/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Geschwindigkeitsüberschreitungen in der und Durchfahrt durch die Xantener Straße unterbinden

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass in der Xantener Straße die Geschwindigkeit der durchfahrenden Fahrzeuge regelmäßig kontrolliert wird. Dafür sollte ein Blitzer aufgestellt werden. Zudem soll das Bezirksamt Maßnahmen ergreifen, die den Durchgangsverkehr durch die Xantener Straße unterbinden.

Hierzu kann die Xantener Straße in eine Einbahnstraße umgewidmet werden oder zumindest die Einfahrt des motorisierten Verkehrs von der Kreuzung Paulsborner Straße/Brandenburgische Straße/Xantener Straße mit baulichen Maßnahmen unterbunden werden.

Der BVV ist bis zum 30.09.2020 zu berichten.

Begründung:

Die Xantener Straße wird als Ausweichstrecke genutzt, um parallel zum Kurfürstendamm von der Paulsborner Straße zum Olivaer Platz oder umgekehrt zu gelangen. Zudem wird sich selten an das Höchsttempo 30 km/h gehalten. Dem sollte mit Geschwindigkeitskontrollen begegnet werden. Das Ziel sollte sein, den Durchgangsverkehr aus der Xantener Straße rauszuhalten. Dies kann als Einbahnstraße oder mit einer baulichen Sperre geschehen, die die Einfahrt des motorisierten Verkehrs von der Kreuzung Paulsborner Straße/Brandenburgische Straße/Xantener Straße unterbindet, geschehen. Die Möglichkeiten des Berliner Mobilitätsgesetzes sind hierfür zu nutzen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/ Dr. Buß

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1487/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Einrichtung von temporären Spielstraßen ermöglichen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, ein Konzept zur Einrichtung von temporären Spielstraßen zu erarbeiten, in dem in den Sommerferien Straßen im Bezirk temporär als Spielstraßen ausgewiesen werden, damit Kinder spielen können. In einem Pilotprojekt sollen in diesem Sommer bereits bis zu drei temporären Spielstraßen eingerichtet werden. Die Jugendverkehrsschulen sind einzubeziehen.

Der BVV ist bis zum 31.05.2020 zu berichten.

Begründung:

Gerade in den Sommermonaten ist es unabdinglich, mehr freie Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten für Kinder zur Verfügung zu stellen. Diese zeitlich begrenzten Spielstraßen wurden bereits in einem Gutachten aus dem Jahre 2017 vom wissenschaftlichen Dienst des Abgeordnetenhauses von Berlin eruiert. Das Gutachten sagt aus, dass „[d]ie Einrichtung von temporären Spielstraßen [...] straßenverkehrsrechtlich gesehen gemäß § 31 Abs. 1 Satz 2 StVO möglich“ ist.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose / Mattern

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1492/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Straßenüberquerung im Bereich der Breite Straße zwischen Cuno- und Berkaer Str.

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, zu prüfen, wie die Verkehrssicherheit für Fußgänger, die die Breite Straße im Bereich der dortigen Geschäftszeilen überqueren wollen, verbessert werden kann. Die bereits vorhandene Fußgängerfurt ist dabei für den fließenden Verkehr optisch und soweit möglich auch baulich kenntlicher zu machen.

Der BVV ist bis zum 30.04.2020 zu berichten.

Begründung:

Nicht erst seit einem schweren Verkehrsunfall am 06.03.2020 ist das Überqueren der Breite Straße im Bereich zwischen Cuno- und Berkaer Straße für Fußgänger nicht gefahrfrei möglich. Zwar gibt es etwa auf der Mitte zwischen beiden Kreuzungsbereichen eine Fußgängerfurt mit entsprechenden Gehwegvorstreckungen, diese sind aber schlecht erkennbar. Darüber hinaus bietet der schmale Aufenthaltsbereich auf dem Mittelstreifen für Fußgänger eine sehr kleine Schutzzone.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1498/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Kiezblocks für Charlottenburg-Wilmersdorf

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten in Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen und Verbänden *in einem partizipativen Verfahren zu prüfen*, wo und wie Kiezblocks in Charlottenburg-Wilmersdorf umgesetzt werden können, um den Durchgangsverkehr zu unterbinden.

Der BVV ist bis zum 30.09.2020 zu berichten.

Begründung:

Kiezblocks sind Strukturen, innerhalb derer der motorisierte Durchgangsverkehr nicht mehr möglich ist, während Radfahrende und zu Fuß Gehende diese Gebiete durchqueren können. Letzteres kann mit Modalfiltern und Diagonalsperren erreicht werden. In Barcelona und London werden ähnliche Konzepte mit Superblocks oder Hollands umgesetzt. In Berlin gibt es Vorschläge von lokalen Initiativen und Changing Cities, dies als Kiezblocks umzusetzen. Alternativ kann das Bezirksamt ein entsprechendes durch Verbände und Initiativen getragenes und organisiertes Verfahren unterstützen und sich daran beteiligen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke / Heyne / Tschörtner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1501/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Karl-August-Platz kurzfristig entlasten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, als kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Karl-August-Platz die Krummestraße zwischen Bismarckstraße und Kantstraße als Einbahnstraße auszuweisen. Die Einfahrt soll möglichst nur aus Richtung der Bismarckstraße möglich sein, sodass der von der Kantstraße kommende Durchgangsverkehr unterbunden wird und zeitgleich die Anrainer den Kiez weiter nutzen können.

Weiter soll geprüft werden, wie samstags zu Marktzeiten der Verkehr gänzlich umgeleitet werden kann, sodass eine Zu- und Abfahrt nur noch für Anrainer und Markthändler möglich ist.

Der BVV ist bis zum 31.07.2020 zu berichten.

Begründung:

Die BVV hat kürzlich unter Vorwegnahme der Diskussion am Karl-August-Platz umfangreiche Umbaumaßnahmen beschlossen (DS.: 1342/5), die jedoch teilweise langjährige Abstimmungsprozesse bedeuten. Um dem Kiez jedoch kurzfristig, insbesondere an Markttagen, zu helfen, braucht es schnelle Lösungen, die zumindest temporär die Verkehrsströme umleiten, ohne die Zufahrt zum Kiez komplett abzuschneiden. Hierfür kann die Anordnung einer Einbahnstraße ein erster Schritt sein.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke / Heyne

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1504/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mobilitätshub am S-Bahnhof Halensee schaffen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, zu prüfen, ob in der Nähe des S-Bahnhofs Halensee ein Mobilitätshub in Kombination mit einer (Quartiers-) Garage geschaffen werden kann. Durch die Kombination einer Park- und Umsteigemöglichkeit auf andere Mobilitätsträger am Tor zur City West sind Einfahrten in die Fläche innerhalb des inneren S-Bahnringes reduzierbar und führen somit zu einer Entlastung des Innenstadtbereiches von Verkehr und Immissionen.

Zudem wird das Bezirksamt aufgefordert, sich bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz für den erneut diskutierten und angeregten Lückenschluss der U-Bahn Linie 1 vom Bahnhof Uhlandstraße bis zum S-Bahnhof Halensee über den U-Bahnhof Adenauerplatz einzusetzen und diesen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln voranzutreiben.

Begründung:

Um den Kurfürstendamm und die City West langfristig vom dichten motorisierten Individualverkehr zu entlasten, ist es erforderlich, attraktive Umsteigemöglichkeiten auf andere ggf. cityaffinere Mobilitätsträger zu schaffen. Die Kombination von Mobilitätshub und (Quartiers-) Garage bietet sich hierzu an, da Umsteiger vom motorisierten Individualverkehr animiert werden, den Verkehrsträger zu wechseln und ihr Fahrzeug sicher in einer (Quartiers-) Garage abzustellen. Außerhalb der Geschäftszeiten kann der Parkraumdruck in den angrenzenden Bereichen durch die Zurverfügungstellung der (Quartiers-) Garage als Parkmöglichkeit für Anwohner verringert werden.

Die geforderte Verkehrswende verlangt den bedarfsgerechten Wechsel der Mobilitätsträger innerhalb einer zurückzulegenden Strecke sowie einen leistungsfähigen und attraktiven ÖPNV gerade in den hoch verdichteten Innenstadtbereichen. Die Bereitstellung von Stellplätzen außerhalb der Kernzone der City West mit gleichzeitiger Möglichkeit, den Mobilitätsträger für die letzte Strecke zu wechseln, kann einen

erheblichen Beitrag für die Reduzierung des PKW-Verkehrs in der Innenstadt nach sich ziehen.

Um den Kurfürstendamm langfristig vom dichten motorisierten Verkehr (ÖPNV und Individualverkehr) zu entlasten und dort eine erhöhte Aufenthaltsqualität zu ermöglichen, bietet sich die Verlängerung der U-Bahnlinie 1 an. Wie hinlänglich bekannt, ist der U-Bahntunnel in weiten Teilen bereits vorhanden und der U-Bahnhof Adenauerplatz im Rohbau bereits als Doppelstockbahnhof angelegt. Die geforderte Verkehrswende verlangt einen leistungsfähigen und attraktiven ÖPNV gerade in den hoch verdichteten Innenstadtbereichen, zu welchen der Kurfürstendamm zweifelsohne zählt. Weiterhin ist starker Zielverkehr im Bereich des Kurfürstendamms festzustellen. Dieser Zielverkehr, welcher zwangsläufig Stellplätze nach sich zieht, kann durch gute ÖPNV-Angebote reduziert werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Gronde-Brunner/Dieke

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1510/5**

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
BVV	

"Superblocks" für Anwohner*innen – mehr Barcelona wagen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, mögliche Gebiete für die Ausweisung von verkehrsberuhigenden „Superblocks“ zu benennen, diese zunächst mit Anwohner*innen in Vorortveranstaltungen zu diskutieren und im Anschluss unter Beteiligung der Stadtgesellschaft umzusetzen.

Der BVV ist bis zum 31.07.2020 zu berichten.

Begründung:

Aus Barcelona stammt das Konzept der „Superblocks“, wonach in zusammenhängenden Wohngebieten die Aufenthaltsqualität durch die Reduzierung des motorisierten Verkehrs und die Schaffung von Begegnungsräumen erhöht wird. Dazu wird der Durchgangsverkehr durch bauliche Maßnahmen wie Poller oder Baumscheiben und Sitzgruppen sowie Zufahrtsbeschränkungen zurückgedrängt. Die Zufahrt mit dem Auto ist dann nur noch für Anwohner*innen, den Lieferverkehr oder Einsatzkräfte möglich. Gleichzeitig wird so der Fußverkehr und der Umstieg auf alternative Fortbewegungsmöglichkeiten wie das Fahrrad gefördert.

Das Bezirksamt Pankow prüft bereits die Ausweisung zahlreicher Superblocks: <https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article228185183/Neue-Superblocks-Poller-fuer-freie-Strassen-in-halb-Pankow.html>.

Superblocks tragen dazu bei, Wohngebiete sicherer zu machen. Die Belastung der Anwohner*innen durch Lärm und Schadstoffe sinkt spürbar und damit wird ein Beitrag geleistet, die Vorgaben des bezirklichen Klimanotstands umzusetzen.

Durch die Ausweisung von Superblocks wird außerdem das soziale Miteinander im Bezirk gefördert: die Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs lässt Begegnungsräume entstehen, welche von der Stadtgesellschaft wieder in Besitz genommen und frei gestaltet werden können.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf /Dr. Buß/Dr. Murach

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1521/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Tempo 30 in der Röntgenstraße sichtbarer machen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert durch geeignete bauliche Veränderungen der Röntgenstraße (z.B. Kissen, Blumenkästen, Schwellen, Zick-Zack-Führung durch Neuordnung der Parkplätze) Tempo 30 auch durchzusetzen. Kurzfristig sollen Dialog-Displays temporär in der Nähe der Kinderläden aufgestellt werden.

Der BVV ist bis zum 31.12.2020 zu berichten.

Begründung:

Anwohner*innen beschwerten sich über häufig auftretende Geschwindigkeitsüberschreitungen und bitten um Abhilfe.